IG BAU fordert mehr Klima-Sanierungen an öffentlichen Gebäuden im Kreis Unna



Zum Fenster rausheizen? Gebäude mit einer schlechten Energiebilanz sorgen nicht nur für höhere Heizkosten, sondern schaden auch dem Klima. Der Staat soll mit gutem „Energiespar-Beispiel“ vorangehen und öffentliche Gebäude mit Hochdruck energetisch sanieren, fordert die IG BAU. Foto: IG BAU | Tobias Seifert

Klima-Check für Rathaus, Polizei, Schule & Co.: Öffentliche Gebäude im Kreis Unna, die eine schlechte CO2-Bilanz haben, sollen mit Hochdruck energetisch saniert werden. Dafür spricht sich die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) aus. „In Zeiten extremer Gaspreise kommt es darauf an, dass auch der Staat die Umweltbilanz seiner eigenen Bauten unter

die Lupe nimmt. Wir brauchen eine faire und gründliche Bestandsaufnahme, wie viel Energie die öffentlichen Gebäude im Kreis Unna verbrauchen. Dort, wo am meisten verschleudert wird, muss die Sanierung Priorität haben“, sagt Friedhelm Kreft, Bezirksvorsitzender der IG BAU Westfalen Mitte-Süd.

Neue Fenster einzubauen, Fassaden zu dämmen und Dächer neu einzudecken – all das spare langfristig viel Geld. Gleichzeitig seien energieeffiziente Umbauten ein wichtiger Beitrag im Kampf gegen den Klimawandel. „Kommunal- und Landespolitik sollten diese Zukunftsinvestitionen vorantreiben. Es geht darum, dass der Staat seine energiepolitischen Hausaufgaben macht – und beim Thema Sanieren mit gutem Beispiel vorangeht“, betont Kreft.

Vom Finanzamt bis zum Feuerwehrhaus: Es sei ein wichtiges Signal, sich darum zu kümmern, dass öffentliche Gebäude im Kreis Unna nicht zu den Schlusslichtern in puncto Energiebilanz zählen. Verwaltungsgebäude oder Sportstätten gehörten oft den schlechtesten Effizienzklassen – G oder H – an. Das bedeutet, dass sie jährlich mehr als 200 Kilowattstunden Energie pro Quadratmeter verbrauchen. Zum Vergleich: In der Effizienzklasse A, wie er beim Neubau üblich ist, liegt der Jahresenergieverbrauch bei 30 bis 50 Kilowattstunden.

Nach Angaben der Deutschen Energie-Agentur (dena) belaufen sich die Energiekosten öffentlicher Gebäude bundesweit auf sechs Milliarden Euro pro Jahr – davon müssen allein die Kommunen 3,8 Milliarden Euro tragen. Die stark gestiegenen Preise im Zuge des Ukraine-Kriegs sind hierbei noch nicht berücksichtigt.

Die IG BAU verweist auf Pläne der EU-Kommission. Danach sollen öffentliche Gebäude bis zum Jahr 2027 europaweit mindestens auf die Effizienzklasse F gebracht werden, bis 2030 dann mindestens auf die Klasse E. Das Klimaschutzpaket „Fit for 55“ sieht vor, den gesamten Gebäudesektor bis zum 2050

klimaneutral zu machen. In Deutschland verursacht der Betrieb von Gebäuden derzeit 35 Prozent des Endenergieverbrauchs, so das Umweltbundesamt.

Die Klima-Ziele ließen sich aber nur erreichen, wenn neben den privaten Hausbesitzern und Vermietern auch die öffentliche Hand deutlich mehr als bislang investiere, ist sich Kreft sicher. Das Klima-Sofortprogramm von Bundesbauministerin Klara Geywitz (SPD) sei dabei ein Schritt in die richtige Richtung. Danach soll noch in der zweiten Jahreshälfte ein Dialog zwischen Bund, Ländern und Kommunen starten, um die Sanierungszahlen bei öffentlichen Bauten deutlich zu erhöhen. Dabei müssten zügig konkrete Maßnahmen vereinbart werden, so Kreft. Auch der Plan von Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne), die „Behörden-Temperatur“ ab dem Herbst nur noch auf höchstens 19 Grad hochzufahren, nutze dem Klimaschutz und dem staatlichen Geldbeutel. „Jetzt ist es wichtig, dass die Politik die nötigen Mittel für die Sanierungen bereitstellt. Viel Zeit bleibt nicht. Dürre, Stürme und Starkregen zeigen schon heute, was passiert, wenn der Klimawandel nicht gestoppt wird.“